

Reste der Preußenkönige ließ Prinz Louis Ferdinand 1952 in aller Stille auf die Burg Hohenzollern bringen. Dort kamen die Sarkophage nach dem Transport in den engen Schachtaufzügen des Kalibergwerkes beschädigt an; Soldaten hatten sie hochkant stellen müssen.

Der notwendigen Reparatur verdanken die Hohenzollern Gewißheit: Wo „Friedrich der Große“ draufsteht, ist auch Friedrich der Große drin. Adolf Rudolph, Flaschner (Klempner) von Hechingen, öffnete den Sarg. Er erinnert sich: Der König habe dagelegen wie gerade erst hineingelegt, mit Stulpstiefeln bis zum Schenkel, ordentlich gelockter Perücke und perfekt einbalsamiert. „Nur die Nase war eingeknickt“, bedauert der heute 80jährige.

In Potsdam versuchen Bürger und Landesregierung, die Heimsuchung durch die königlichen Ahnen mit Fassung zu tragen. Während der vergangenen 40 Jahre hatte sich in der alten Garnisonsstadt „Preußens Gloria“ nur noch als Schnaps gehalten, der in einem Glas mit dem Antlitz des Alten Fritz serviert wurde. Noch hofft Regierungssprecher Erhard Thomas, die Feier werde in aller Stille, ohne Volksfest, ablaufen.

Das wird der Kanzler bei seiner Vorliebe für Symbolik und für Friedhöfe zu verhindern wissen. Aus Besuchen bei Konrad Adenauer auf dem Rhöndorfer Waldfriedhof macht er gern eine PR-Wallfahrt. Mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand und dem greisen Ernst Jünger gefiel er sich vor den Kriegsgräbern Verduns. Amerikas Präsident Ronald Reagan ließ er vor die SS-Gräber von Bitburg treten.

Eher säuerlich hieß Brandenburgs Landesvater Manfred Stolpe (SPD) den „Urlauber Helmut Kohl“ in Potsdam willkommen. Stolpe selbst sagte eine Teilnahme an der Preußen-Party ab.

Und nur mühsam gelang es ihm, die geplante Zeremonie von martialischem Aufwand zu befreien. Ohne Absprache mit dem brandenburgischen Ministerprä-

sidenten hatte der Protokollchef der Bonner Verteidiger, Oberst von Rehum, militärisches Gepränge angekündigt. Das konnte Stolpe erst unter vier Augen mit Hardthöhen-Chef Gerhard Stoltenberg abwenden.

Im baden-württembergischen Hechingen sieht man derweil den Fortzug des großen Friedrich mit Gelassenheit. Zwar gehe dort eine Touristenattraktion verloren, sagen die Einwohner, aber die Burg Hohenzollern bleibe ja am Ort. Und außerdem werde sich schon Ersatz finden.

Die findigen Schwaben haben schon jemanden ausgeguckt: DDR-Geheimdienstchef Markus Wolf und Bundesjustizminister Klaus Kinkel, als BND-Chef ehemals Wolfs Gegenspieler. Beide sind Hechinger. Die beiden hätten später auf der Zollernburg Platz.

Urteile

Schwer verträglich

Im Bundestag wird die PDS kurzgehalten – die Verfassungsrichter sicherten ihr jetzt minimale Rechte zu.

Wenn ein PDS-Abgeordneter das Rednerpult im Bundestag betritt, hat die Höflichkeit Pause. Ungeniert rücken Parlamentarier aller anderen Fraktionen ihre Stühle über den Boden, rascheln mit Tageszeitungen und reden laut miteinander, als ob es den Vortrag der PDS nicht gäbe.

Genau das ist auch der Sinn des Ganzen. Den parlamentarischen Schmuttkindern von der SED-Nachfolgepartei wird damit klargemacht, daß auf ihre Anwesenheit kein Wert gelegt wird. Die einzigen, die ihnen zuhören, so beklagen sich die Neulinge, seien die „notorischen Zwischenrufer“. Die Abgeordnete Ulla

Jelpke: „Denen reicht schon der kleinste Versprecher, um über uns herzufallen.“

Die offene Mißachtung, mit der die PDS behandelt wird, findet beinahe unter Ausschuß der Öffentlichkeit statt. Ein seltsamer Zufall will es, so beklagte sich die Parlamentarische Geschäftsführerin der Partei, Ursula Fischer, daß ihre Redner meist erst dann ans Pult dürfen, „wenn die Fernsehkameras ausgeschaltet sind“.

Mittlerweile wittern die 17 Abgeordneten überall Schikane: Zunächst waren sie mitten im Regierungsviertel untergebracht, doch die Räume in der Heinrich-Brüning-Straße waren klein und unzweckmäßig. Als die Bundestagsverwaltung den Umzug ins größere Bonn-Center anbot, griff die Gruppe dankbar zu. Jetzt fühlen sie sich wieder ausgeschlossen: Das Bonn-Center liegt zehn Minuten Fußmarsch außerhalb der Machtzentrale, und obendrein prangt von der Spitze des Gebäudes das Symbol des Kapitalismus, der Mercedesstern.

Die fortwährenden Attacken hätten immerhin bewirkt, meint Parteichef Gregor Gysi, daß seine zerstrittene Bundestagsgruppe enger zusammenrückt: „So werden wir eine richtige Fraktion. Alleine hätten wir das nie geschafft.“

Doch eine Fraktion bilden die PDSler nicht, auch wenn sie sich standhaft selber so bezeichnen. Das Parlament hat der PDS – wie auch dem Bündnis 90 – lediglich Gruppenstatus gewährt. Die Gruppe erhält neben einigen Rechten monatlich 245 113 Mark – halb soviele, wie einer Fraktion zusteht.

Das Bündnis 90 war mit dieser Regelung zufrieden, die PDS nicht. Sie zog vor das Bundesverfassungsgericht.

Politischer Stil jedoch läßt sich nicht einklagen, noch weniger höchststrichlich definieren. Nur für einen minimalen Minderheitenschutz dürfen die Richter in den roten Roben sorgen – und das haben sie zumindest versucht.

Sie konnten sich zwar nicht dazu durchringen, der PDS den begehrten



PDS-Abgeordnete im Bundestag: Zugeständnisse an versprengte Minderheiten

Fraktionsstatus einzuräumen. Dafür hielten sie aber erstmals unverrückbar fest, auf welche Mitwirkungsrechte eine Gruppe von Parlamentariern pochen kann, die nicht die festgelegte Fraktionsstärke von fünf Prozent der Abgeordneten erreicht:

- ▷ Der „Gruppenstatus umfaßt mit der stimmberechtigten Mitgliedschaft in allen Fachausschüssen und dem Recht zu Vorlagen die Schwerpunkte parlamentarischer Arbeit“.
- ▷ Ausschüsse, die einen „wesentlichen Teil der Informations-, Kontroll- und Untersuchungsaufgaben des Bundestages“ erfüllen, müssen „ein verkleinertes Abbild des Plenums“ darstellen und dessen Zusammensetzung „widerspiegeln“.
- ▷ Gruppen wie die PDS haben, was ihnen bisher verweigert wurde, den Status einer „Fraktion im Ausschuß“, mit allen Rechten aus der Geschäftsordnung des Bundestages; sie dürfen, anders als die Parlamentsmehrheit glaubte, auch Vertreter in die 13 Unterausschüsse entsenden.

Die Verfassungsrichter brachten sogar das Kunststück fertig, ein paar Ermahnungen zum politischen Stil in ihr Urteil zu schmuggeln. Sie nahmen den Scharfmacher Friedrich Bohl (CDU), der für die mündliche Verhandlung in Karlsruhe Kreide gefressen und Harmoniebereitschaft signalisiert hatte, beim Wort.

„Im übrigen gilt hier wie allgemein“, heißt es in der Begründung, daß die Geschäftsordnung „fair und loyal gegenüber den Abgeordneten, Gruppen und Fraktionen anzuwenden ist“. Hierzu habe Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, „ausdrücklich erklärt, daß Sinn der Handhabung der Geschäftsordnung sei, die im Deutschen Bundestag vertretenen Gruppen zu integrieren und nicht auszugrenzen“.

Mit diesen mageren Zugeständnissen an versprengte Minderheiten endete die Großzügigkeit des Gerichts. Der PDS bleibt nahezu jede Aktivität versagt, mit der eine Opposition die Regierenden in die Enge treiben kann. Weder kann sie namentliche Abstimmung fordern noch ein Votum über den sofortigen Eintritt in die zweite Beratung. Vor allem bleibt ihr ein zentrales Mittel der politischen Disziplinierung vorenthalten: das Recht, „die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung“ zu beantragen.

Schwer wiegt auch die Verbannung aus dem Vermittlungsausschuß, der über die endgültige Fassung umstrittener Gesetze diskutiert, sowie aus Untersuchungsausschüssen.

Dieses schärfste Instrument zur Kontrolle der Regierung bleibt der PDS weitgehend verschlossen. Ob sie reinkommen oder nicht, hängt ab von der „Anzahl der Mitglieder des Bundestages in den genannten Gremien“. Wenn es weniger als 19 sind, kommt die PDS nicht zum Zuge. In der Regel sind knapp halb soviel Abgeordnete in einem Untersuchungsausschuß vertreten.

Bei der Kernfrage, ob die PDS Sitz und Stimme im „Notparlament“ (Gemeinsamer Ausschuß) beanspruchen kann, kam es zum offenen Dissens unter den Richtern: Stimmgleichheit, vier gegen vier. Damit gilt der Antrag als abgelehnt.

Beim „Notparlament“, so die vier konservativen Nein-Sager, habe der Gesetzgeber bewußt auf die „spiegelbildliche“ Vertretung des Plenums verzichtet und auf das „Stärkeverhältnis der Fraktionen“ abgestellt.

Die vier liberalen Richter halten es dagegen für untragbar, wenn Minderheiten aus dem Notparlament, das über nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse verfügt, ausgegrenzt werden. Sie befürchten, daß die Zusammensetzung des

Notparlaments „in Abhängigkeit von wechselnden Zweckmäßigkeitserwägungen“ geraten könne.

Tatsächlich darf der Bundestag die Fraktionsstärke beliebig festsetzen. Damit eröffneten sich, meinen die Opponenten im Gericht, „Manipulationsmöglichkeiten, die mit dem demokratischen Prinzip schwer verträglich sind“.

Finanzen

Letztes Gefecht

In der Rolle der verfolgten Unschuld wehrt sich die PDS gegen die Treuhänd.

Das Karl-Liebknecht-Haus an der Kleinen Alexanderstraße in Berlin-Mitte galt unter Kommunisten schon immer als etwas Besonderes. 1926 als KPD-Zentrale mitten in einem Arbeiterbezirk der Hauptstadt ange-schaffen, wurde die unscheinbare Immobilie schon bald zur Reliquie der Arbeiterbewegung – heißumkämpft zwischen Genossen, Berliner Schupos und Nazis.

Bei den Scharmützeln um das Par-tiehaus gingen auch die KPDler nicht immer zimperlich vor. So starben am 9. August 1931 unweit des Karl-Liebknecht-Hauses der Polizeihauptmann Paul Anlauf und sein Kollege Franz Lenk im Feuer des „Parteiselbstschutzes“. Einer der Täter: der damals 23jährige Erich Mielke, inzwischen als Ex-Stasi-Chef in Untersuchungshaft.

60 Jahre nach den Schüssen an der KPD-Zentrale ruft die Partei erneut zum letzten Gefecht. Per Anzeige bat die PDS, Erbin von KPD und SED, „die Genossinnen und Genossen“ vorige Woche um ihre Telefonnummer. Der Parteivorstand um Gregor Gysi wollte die Getreuen „so schnell wie möglich zum Schutz der Gebäude der Partei, insbesondere des Karl-Liebknecht-Hauses, zusammen-rufen können“.

Rüttelten wieder braune Horden am Gitter? Wollte eine parteiliche Staatsmacht eine unbequeme Links-Opposition ausschalten wie weiland am Ende der Weimarer Republik? Nichts davon. Der Gysi-Aufruf ist Teil eines endlosen Gezerres um das einstmals milliarden-schwere Vermögen der SED.

Seit Monaten versuchen Treuhänd und Unabhängige



PDS-Chef Gysi: Endloses Gezerre ums Vermögen